

ÄR

OBERBÜRGERMEISTER		
05. SEP. 2011 /Nr.....		
II	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
	2 z.w.V.	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen
		5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen



Nürnberg
Humboldtstr. 104
90459 Nürnberg
Tel. 0911 2876013
Fax 0911 2744374

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

Nürnberg, den 2. September 2011

Antrag gegen eine Erhöhung der Grundsteuer – Für eine Erhöhung der Gewerbesteuer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Stadtratsgruppe der Linken Liste stellt den Antrag:

1. Die Grundsteuer bleibt unverändert.
2. Die Gewerbesteuer wird um 15 Hebesatzpunkte von 447 auf 462 ab den 1.1.2012 angehoben.

Begründung:

aus der Presse war zu entnehmen, dass sich der Kämmerer für eine Erhöhung der Grundsteuer ausspricht. Ein „draufgesattelter Inflationsausgleich“ wurde bereits im Mai angekündigt. Anlass ist die Neugestaltung der Berechnungsgrundlage durch den Gesetzgeber. Diese Vorgabe sieht jedoch eine aufkommensneutrale Umsetzung, also keine Erhöhung für die Mieter vor.

Auffällig ist, dass bei vorgesehenen städtischen Gebühren- oder Steuererhöhungen ständig das Argument gebracht wird, dass man sonst nicht in Schulen und Bildung investieren könnte. Warum eigentlich fehlt das Geld dann bei den Schulen und der Bildung, nicht aber beim Ausbau des Frankenschnellwegs oder beim Flughafen?

Als Einnahmequelle für die Kommune war die Grundsteuer im Haushalt 2011 mit 102 Mio. Euro kalkuliert.

Die Erhöhung der Grundsteuer ist kein „Pakt mit den Bürgern“ (Kämmerer in der Presse), sondern ein Pakt gegen die Mieter. Denn sie wird über die Betriebskosten direkt an die Mieter umgelegt. Wir haben es aber bereits seit Jahren mit rasanten Erhöhungen der Mietnebenkosten, wie Strom, Gas, Müll etc. zu tun und deshalb wäre eine weitere Steigerungen unzumutbar. Weitere Mietsteigerungen, bzw. Steigerungen der Betriebskosten sind aus sozialen Gründen entschieden abzulehnen. Wirtschaftlich betrachtet sind sie auch unsinnig, da sie die Kaufkraft mindern.

Da der Casino-Kapitalismus nicht aus der Krise gelernt hat und keine relevanten Konsequenzen gezogen wurden, ist über eine stärkere Beteiligung von Vermögenden und Kapitalinhabern nachzudenken. Nachdem die Reallöhne und -Gehälter seit 10 Jahren im

Durchschnitt nicht gestiegen sind und über ein Drittel der Arbeitnehmer prekär beschäftigt sind, ist jede Umlegung von Kosten auf die Mieter armutsfördernd.

Deshalb halten wir eine Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer für sozial ausgewogen, um alle an der Krisenbewältigung zu beteiligen.

Im Haushalt 2011 war die Gewerbesteuer mit 319,6 Mio. € angesetzt. Der Kämmerer prognostiziert 413 Mio. an Gewerbesteuer. Aktueller Hebesatz für Nürnberg beträgt seit vielen Jahren 447.

Die Städte Fürth und Erlangen haben 2011 eine Erhöhung um 15 Hebesatzpunkte auf 440 (Fürth), bzw. auf 425 (Erlangen) erhöht. Prozentual ergibt das eine Erhöhung um ca. 3,5 %, was eine zumutbare Größenordnung ist. Ein gemeinsames Vorgehen in der Metropolregion wäre angebracht.

Eine Erhöhung für Nürnberg um ebenso 15 Punkte brächten ca. 15 Mio. Euro mehr und damit 428 Mio Euro in den Haushalt. Mit 462 Hebesatzpunkten liege Nürnberg immer noch unter dem Münchner Niveau mit 490 Punkten. Diese Stärkung der Einnahmeseite wäre um ein Vielfaches größer als eine Erhöhung der Grundsteuer und wirkt sich kaum auf die Kaufkraft aus.

Kleinunternehmen wären von einer Erhöhung erst ab einen jährlichen **Gewinn** von 24.500 €. Betroffen. Die großen Unternehmen wurden die letzten zehn Jahre mit vielen Gesetzesänderungen durch den Bund kräftig entlastet, wie z.B. die Senkung des Spitzensteuersatz für Einzelunternehmer, Streichung der Gewerkekapitalsteuer, Streichung der Vermögenssteuer oder Steuerfreiheit beim Außerordentlichen Ertrag beim Verkauf von Betrieben.

Arbeitnehmer und damit Mieter wurden nicht entlastet. Deshalb ist die Erhöhung der Gewerbesteuer einer Erhöhung der Grundsteuer vorzuziehen.

Mit freundlichen Grüßen



Marion Padua
Stadträtin der Linken Liste